

INFORMATIONEN

Freie Universität Berlin
UNIVERSITÄT
2. MÄRZ 1979

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 1/1979 – März

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die schon in der letzten Ausgabe der „Informationen...“ sichtbare Tendenz zur Überwindung der konjunkturellen Stagnationserscheinungen hat sich im Berichtszeitraum fortgesetzt. Das Bruttosozialprodukt ist 1978 beschleunigt gewachsen, auch die Industrieproduktion hat sich belebt. Allerdings ist diese Belebung der wirtschaftlichen Aktivität keineswegs so kräftig und einheitlich, daß von einer endgültigen Überwindung der Schwächetendenzen in der Wirtschaft der Bundesrepublik geredet werden kann.

Der wichtigste Faktor der verbesserten Wirtschaftslage war 1978 die stabile Entwicklung des privaten Verbrauchs. Eine außergewöhnlich langsame Preissteigerungsrate und Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung der Löhne und Gehälter bewirkten einen beschleunigten Anstieg der Real-löhne und -gehälter und verbesserten die Massenkaukraft. Dies war allerdings weniger das Ergebnis einer gezielten Wirtschaftspolitik. Einerseits mußten die Lohn-erhöhungen gegen den heftigen Widerstand der Unternehmer und auch gegen die „Ratschläge“ von Bundesregierung und Sachverständigenrat in Streiks durchgesetzt werden – andererseits wirkte der unerwartet starke Verfall des Dollars stabilisierend auf das inländische Preisniveau.

Neben dem privaten Verbrauch hat auch die öffentliche Nachfrage – vor allem im Baugewerbe – konjunkturstabilisierend gewirkt. Die „Sparpolitik“ der öffentlichen Hände wurde vorübergehend unter dem Druck der Stagnation und zunehmender Forderungen seitens der Gewerkschaften, aber auch Teilen der Wirtschaftswissenschaft gelockert.

So ist die leichte Belebung der Wirtschaft im zweiten Halbjahr 1978 ein Beleg dafür, daß eine auf Stärkung der Massenkaukraft und Ausweitung der öffentlichen Nachfrage gerichtete Wirtschaftspolitik erfolgreicher ist als eine Strategie der bloßen Gewinnstabilisierung. Diese hatte 1976/77 offensichtlich versagt.

Neben den genannten Faktoren expandierte auch die Investitionsnachfrage wieder etwas stärker. Hier scheint vor allem ein Nachholbedarf an Ersatzinvestitionen und der starke Rationalisierungsdruck zu wirken. Inzwischen ist es auch zu einer leichten Verbesserung der Kapazitätsauslastung gekommen, so daß die Investitionstätigkeit weiter zunehmen dürfte. Allerdings ist ein

„Investitionsboom“ wie 1969/70 nicht in Sicht – im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren bleibt die Investitionstätigkeit gedämpft.

Der Export entwickelte sich trotz aller Währungsverschiebungen stabil, der Überschuß der Bundesrepublik im Außenhandel ist erneut gewachsen. Zum Jahresende hin scheint die Ausfuhr sogar wieder beschleunigt zuzunehmen, ohne daß der Export aber wieder zur tragenden Kraft wird. Die gegenwärtige zögernde Expansion ist immer noch von Rückschlägen bedroht. Vor allem für die zweite Jahreshälfte von 1979 sind Gefahrenmomente sichtbar.

Ein Teil der öffentlichen Auftragsprogramme wird allmählich auslaufen, ohne daß die Bundesregierung neue wirtschaftspolitische Impulse geben will. Es wird im Gegenteil versucht, den Kurs erneut auf „Sparpolitik“ zu lenken. Zudem steigen die Zinsen und dämpfen die Auftragsvergabe im Wohnungsbau.

Für den privaten Verbrauch, der entscheidenden Stütze der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung, ist der Ausgang der laufenden und bevorstehenden Tarifverhandlungen von großer Bedeutung. Liegen die Abschlüsse nicht deutlich über den Vorjahresergebnissen, so ist mit einer Verlangsamung der Reallohnentwicklung zu rechnen. Zwar wirken auch 1979 noch die steuerlichen Entlastungen, allerdings schwächer als 1978. Außerdem zeichnet sich schon jetzt eine Beschleunigung der Inflation ab.

Schließlich ist auch die internationale Konjunkturlage von Unsicherheiten gekennzeichnet. Zwar setzt sich in den meisten westeuropäischen Ländern die zögernde Belebung weiter fort (Ausnahme: Großbritannien). Dafür rechnen die USA zumindest mit einer kräftigen Wachstumsabschwächung, es wird sogar eine neue Krise befürchtet. Dies dürfte die Entwicklung des Welthandels negativ beeinflussen: die USA sind der größte kapitalistische Warenimporteur der Welt.

Im Ergebnis der leichten konjunkturellen Belebung ist es seit Mitte 1978 zu einem Aufschwung der Unternehmerrgewinne gekommen, der in seinem Ausmaß an die Periode 1968/69 erinnert. Die Nettoeinkommen der Selbständigen sind – noch stärker als erwartet – im 2. Halbjahr 1978 um fast 16 Prozent angestiegen. Im laufenden ersten Halbjahr 1979 wird mit einer Fortsetzung

der Expansion um 19 Prozent gerechnet. Trotz der relativ günstigen Entwicklung der realen Verdienste der Arbeiter und Angestellten konnten die Unternehmer ihre Verteilungsposition 1978 erheblich ausbauen. Dies soll sich nach vorliegenden Prognosen auch 1979 fortsetzen.

Während schon eine leichte Belebung der Konjunktur die Unternehmerrgewinne sprunghaft ansteigen läßt, ist diese fast ohne Auswirkungen auf die Arbeitsmarktlage geblieben. Zwar sind die registrierten Arbeitslosenzahlen gegenwärtig niedriger als im Vorjahr. Dies drückt aber kaum einen Rückgang der tatsächlichen Arbeitslosigkeit aus, da die „stille Reserve“ nichtregistrierter Arbeitsloser weiter zunimmt und auch die Zahl der abgewanderten ausländischen Arbeiter in Rechnung gestellt werden muß. Die Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik hält nun fünf Jahre an, ohne daß Aussicht auf eine kräftige Verminderung besteht und ohne daß die Bundesregierung und die Unternehmer bereit sind, neue beschäftigungspolitische Wege zu gehen.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1978
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Außenhandel

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerrgewinne
- 2.2 Betriebsstillegungen

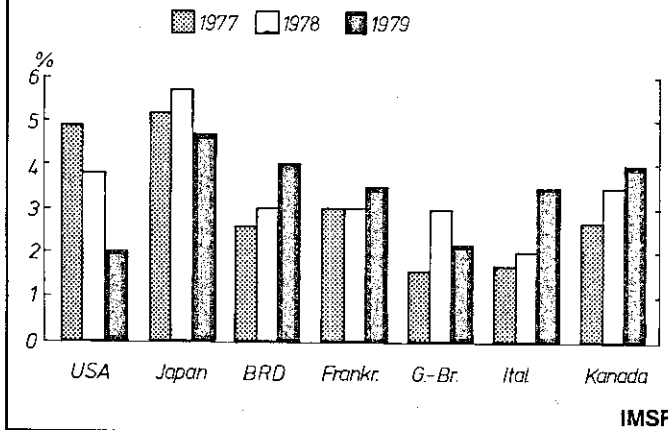
3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter und Einkommensverteilung
- 3.2 Steuern
- 3.3 Preise
- 3.4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit
- 3.5 Stahlarbeiterstreik 1978/79

1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft 1978

Im Jahre 1978 hat sich das Wirtschaftswachstum in den kapitalistischen Industrieländern erneut abgeschwächt: In den OECD-Ländern insgesamt ist die reale Zuwachsrate des BSP von 5,2 Prozent 1976 auf 3,7 Prozent 1977 und 3,5 Prozent 1978 zurückgegangen. Wie aus der Abbildung hervorgeht, hat sich aber der Unterschied im Entwicklungstempo zwischen den sieben größten kapitalistischen Industrieländern verringert. Nach der Prognose der OECD dürfte diese Tendenz 1979 anhalten: Für die USA, die innerhalb der kapitalistischen Industrieländer in den Jahren 1976–1978 am besten abgeschnitten haben, was Produktion und Beschäftigung angeht, wird eine Stagnation prognostiziert; für die Gesamtheit der OECD-Länder ist ein Anstieg des realen BSP um 3 Prozent vorausgesagt.

Reales Bruttosozialprodukt '77-'79 Veränderung gegenüber Vorjahr in %



In allen sieben Ländern war auch 1978 der Privatverbrauch die Hauptstütze der Konjunktur; nur in den USA und in der BRD hat auch die Akkumulationsrate deutlich zugenommen. Gerade die relative Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen ist Wirkung und Ursache der Stagnationstendenz der kapitalistischen Weltwirtschaft in den siebziger Jahren. Nur die US-Wirtschaft hat in den Jahren 1976–1978 eine Zuwachsrate (4,9 Prozent), die ihrem Trend entspricht (durchschnittliches Wachstum 1963–72: 4,7 Prozent), eine erhebliche Zunahme der Beschäftigtenzahl und eine Kapazitätsauslastung in der Industrie, die dem Durchschnitt in obigem Zeitraum entspricht, aufgewiesen. Diese Leistung haben die USA aber teuer bezahlt, nämlich mit einer Beschleunigung der Inflation und einer starken Verschlechterung ihrer Handelsbilanz, die zum Verfall des Dollars beigetragen haben, so daß die US-Regierung sich gezwungen sah, eine restriktive Wirtschaftspolitik einzuleiten. Diese wiederum, wenn sie konsequent durchgeführt wird, wird nicht ohne depressive Wirkung auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsniveau bleiben. Das „magische Viereck“ findet auch in den USA keine Anwendung! In den anderen kapitalistischen Industrieländern brachte auch das Jahr 1978 keine Lösung des Problems der Unterbeschäftigung des Produktionspotentials: in der Industrie blieb der Auslastungsgrad viel niedriger als im Durchschnitt der sechziger Jahre, und in fast allen Ländern stieg die Arbeitslosigkeit weiter an.

Die Angaben über die Industrieproduktion zeigen im Laufe des Jahres 1978 in allen Ländern eine Verstärkung der Auftriebskräfte, aber für viele Länder (BRD, Frankreich, Großbritannien und Italien) stellt dies nur eine Erholung nach der sehr gedrückten Lage der Industrie im zweiten Halbjahr 1977 und im ersten Halbjahr 1978 dar.

Veränderung der Industrieproduktion 1977 und 1978 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	1977	1978 ¹				
		Jahr ²	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj. ²
USA	5,6	5,7	3,9	5,1	6,1	7,3
Japan	4,1	6,1	4,1	6,0	6,7	7,5
BRD	2,9	2,7	0,0	1,7	3,4	4,1
Frankreich	0,9	2,0	-1,8	1,8	3,0	4,5
Großbritannien ³	4,8	3,2	0,9	3,7	3,7	4,7
Italien	0,0	1,5	-4,7	0,3	1,7	8,5
Kanada	4,0	4,3	2,9	4,0	4,9	5,5

¹ Saisonbereinigte Angaben für Vierteljahre

² Vorläufige Zahlen

³ Neue Reihe

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Die Zahl der Arbeitslosen verharnte Ende 1978 im gesamten entwickelten kapitalistischen Raum auf 17 Millionen. Die Arbeitslosigkeit hat sich nur in den USA wesentlich verringert; in fünf Ländern (Japan, Frankreich, Großbritannien, Italien und Kanada) war sie in der zweiten Hälfte 1978 um fast 2 Millionen arbeitende Menschen, d. h. um ein Drittel höher als im Krisenjahr 1975.

Arbeitslosigkeit 1976–1978 in 1000 in den größten kapitalistischen Industrieländern

	1976	1977 ¹		1978 ¹	
		1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj. ²
USA	7288	7025	6645	6058	5930
Japan	2160	2140	2280	2410	2550
BRD	1060	1020	1040	1005	980
Frankreich	933	1033	1110	1098	1220
Großbritannien ³	1270	1335	1420	1390	1360
Italien	1446	1548	1554	1570	1600
Kanada	736	840	890	925	910
	14893	14941	14939	14456	14550

¹ Saisonbereinigte Angaben

² Vorläufige Zahlen

³ Neue Reihe

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

An der Preisfront war 1978 allgemein eine Verlangsamung der Teuerung bei der Lebenshaltung zu verzeichnen: In den sieben größten kapitalistischen Ländern ist die Inflationsrate von 8,1 Prozent 1977 auf 7,2 Prozent gesunken. Im Verlauf des vergangenen Jahres zeichnete sich aber auch eine steigende Differenzierung ab: Gegenüber einer Verlangsamung des Preisauftriebs in der BRD, Japan, Großbritannien und Italien nahmen die Preise in den USA immer stärker zu. Der Dollarverfall schlug sich über die Einfuhr von Rohstoffen negativ auf das Preisniveau in den USA und positiv in den Aufwertungsländern BRD und Japan nieder.

Veränderung der Lebenshaltungskosten 1977 und 1978 gegenüber dem Vorjahr in Prozent

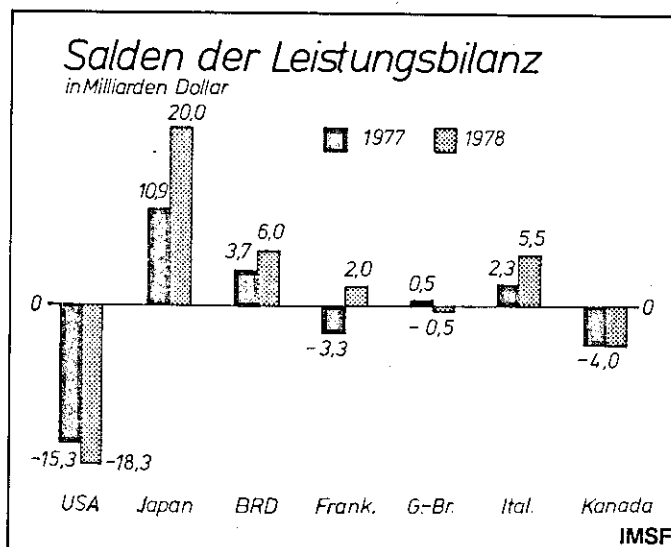
	1977	1978				
		Jahr	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
USA	6,4	7,6	6,6	7,0	7,9	8,9
Japan	8,1	4,2	4,7	4,0	4,4	3,8
BRD	3,9	2,6	3,1	2,7	2,4	2,3
Frankreich	9,9	9,3	9,2	9,0	9,4	9,5
Groß-						
britannien	16,0	9,0	10,9	8,7	8,3	8,3
Italien	19,3	12,4	13,3	12,4	12,1	11,9
Kanada	8,0	9,0	8,7	9,3	9,3	8,7

(Quelle: OECD, „Main Economic Indicators“, lfd.)

Allerdings scheint sich zum Jahreswechsel das Inflationstempo in einigen Ländern wieder zu beschleunigen.

Der gesamte Index der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Rohstoffe ist 1978 um 1,5 Prozent gestiegen, wobei sich die Nahrungsmittel um 7 Prozent verbilligten, während die Brenn- und Industrierohstoffe um 4 Prozent stiegen. Im gleichen Jahr haben aber die Preise für die Erzeugnisse der verarbeitenden Industrie stark angezogen (7 Prozent), so daß sich die „terms of trade“, d. h. die internationalen Austauschverhältnisse, zugunsten der kapitalistischen Industrieländer und zuungunsten der Entwicklungsländer verschoben haben.

Nach dem neuesten GATT-Bericht (Internationale Organisation für Welthandel) ist der Welthandel 1978 um 5 Prozent in konstanten Preisen gestiegen, gegenüber einer Zunahme von 4 Prozent 1977. Im vergangenen Jahr hat sich das Ungleichgewicht in der außenwirtschaftlichen Position zwischen den USA einerseits und den anderen größten kapitalistischen Industrieländern andererseits weiter vergrößert. Wie aus der Abbildung hervorgeht, hat das Leistungsbilanzdefizit der USA von 15,3 Milliarden Dollar 1977 auf 18,3 Milliarden 1978 zugenommen; der Überschuß Japans, Italiens und der Bundesrepublik hat sich verdoppelt, und der Passivsaldo Frankreichs hat sich in einen Überschuß verwandelt. Die Entwicklung der Leistungsbilanzen ist grundsätzlich auf die Entwicklung der Handelsbilanzen zurückzuführen (enthalten außerdem die Bilanz der Dienstleistungen): Im Warenaustausch hat sich der Passivsaldo der USA von 31 Milliarden Dollar 1977 auf 34 Milliarden 1978 vergrößert; die Verschlechterung der nordamerikanischen Handelsbilanz beruht ausschließlich auf der Erhöhung des Defizits gegenüber Japan, das von 8 Milliarden 1977 auf 11,5 Milliarden 1978 angewachsen ist. Im letzten Jahr hat Japan mit einem Aktivsaldo von fast 25 Milliarden Dollar den ersten Platz unter den Überschußländern erworben, der jahrelang ein Reservat der BRD war.



Was den Waren- und Dienstleistungsaustausch zwischen den großen Wirtschaftsräumen des kapitalistischen Weltmarktes betrifft, so gab es zwischen 1977 und 1978 gewaltige Verschiebungen in den außenwirtschaftlichen Positionen: Das Leistungsbilanzdefizit der OECD-Länder von 27,5 Milliarden Dollar 1977 wurde ausgeglichen, der Überschuß der OPEC-Länder schrumpfte von 31,5 auf 11 Milliarden, und der Fehlbetrag der Entwicklungsländer stieg von 24 auf 34 Milliarden. Bemerkenswert ist, wie sich der riesige Überschuß in der Bilanz der laufenden Rechnung der OPEC-Länder in wenigen Jahren zurückgebildet hat: Er ist von 59 Milliarden 1974 auf 11 Milliarden 1978 gesunken. Die Kassandraufrede der bürgerlichen Apologeten von damals, wonach sich die außenwirtschaftlichen Positionen durch die starke Erhöhung des Erdölpreises grundlegend zuungunsten der kapitalistischen Industrieländer und zugunsten der OPEC-Länder verändern werden, haben sich als falsch erwiesen.

Wie schon in den „Informationen...“ 4/1978 berichtet wurde, war das Jahr 1978 auch vom Verfall des Dollars gekennzeichnet: Zwischen Ende 1977 und Ende 1978 hat sich die nordamerikanische Währung gegenüber dem Schweizer Franken und dem Yen um 20 Prozent und gegenüber der DM um 14 Prozent abgewertet. Auch in den ersten Monaten dieses Jahres hat sich an der Labilität des Dollars nichts geändert, wenn auch der akute Dollarverfall zunächst nicht weitergegangen ist.

1.2 Sozialprodukt

Das wirtschaftliche Wachstum in der BRD hat sich – gemessen am Bruttosozialprodukt – 1978 beschleunigt, wobei vor allem die Entwicklung im zweiten Halbjahr entscheidend war.

Bruttosozialprodukt

	In Mrd. DM ¹ 1977	1978	In % geg. dem Vorjahr ² 1977	1978
Bruttosozialprodukt	1198,7	1287,4	+2,6	+3,4
Privater Verbrauch	668,6	711,9	+3,1	+3,8
Anlageinvestitionen	250,2	277,6	+4,1	+6,2
Staatsverbrauch	240,1	255,7	+1,0	+3,1
Ausfuhr	329,2	348,4	+3,9	+5,0

¹ In jeweiligen Preisen

² In Preisen von 1970, das heißt real
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 4-5/1979)

Wichtig war vor allem die stabile Entwicklung des privaten Verbrauchs und die Expansion der öffentlichen Nachfrage, aber auch die Investitionstätigkeit hat sich belebt.

Die Prognosen, die ein Wirtschaftswachstum zwischen 3 und 3,5 Prozent erwartet hatten, sind also eingetroffen. Dies ist allerdings kein Beleg für die größere Treffsicherheit solcher Vorhersagen. Denn bezogen auf die einzelnen Wirtschaftssektoren sind die Irrtümer nach wie vor groß, sie gleichen sich aber in bezug auf das gesamte Bruttosozialprodukt weitgehend aus.

Bruttowertschöpfung nach Sektoren¹

	1977	1978
Insgesamt	+2,7	+2,9
Land- und Forstwirtschaft	+7,2	+5,8
Warenproduzierendes Gewerbe	+2,5	+2,5
Handel und Verkehr	+3,2	+4,6
Dienstleistungen	+3,7	+4,0
Staat	+1,4	+2,1

¹ Real, in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1979, S. 67)

So war bei den Prognosen eine beschleunigte Zunahme der Produktion im warenproduzierenden Gewerbe angenommen worden, während die Beschleunigung im Sektor Handel und Verkehr unterschätzt worden war. Es fällt auf, daß sich die „Bruttowertschöpfung“ kaum beschleunigt hat. Sie unterscheidet sich vom Bruttosozialprodukt u. a. durch die „unterstellten Bankleistungen“ und den Überschuß der Einkünfte aus dem Ausland, d. h. vor allem aus dem Kapitalexport. Auch in der Struktur des Bruttosozialprodukts wird deutlich, daß die Wirtschaft der Bundesrepublik in zunehmendem Maße vom Kapitalexport und von finanzkapitalistischen Erträgen lebt, während die materielle Produktion nur langsam expandiert. Zur Verdeutlichung des Problems: die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung würde auch dann ein Wachstum des Bruttosozialprodukts ausweisen, wenn die materielle Produktion im Inland rückläufig wäre und statt dessen die Erträge aus Kapitalanlagen im Ausland zunehmen würden. Erneut zeigt sich, wie wenig aussagekräftig die Kategorie des „Bruttosozialprodukts“ für die Wohlstandsmessung eines Landes tatsächlich ist.

Die Prognosen für 1979 liegen zwischen 3,5 und 4 Prozent Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts, d. h., es wird allgemein mit einer weiteren Beschleunigung des Wirtschaftswachstums gerechnet. Diese Hoffnung stützt sich vor allem auf eine weitere Belebung der privaten Investitionen, während privater Verbrauch und öffentliche Nachfrage ihr Expansionsstempo nicht weiter verstärken sollen. Ob sich die Belebung tatsächlich weiter fortsetzt, hängt aber im wesentlichen davon ab, ob sich die Nachfrage im laufenden Jahr stabil entwickelt. Gefahren drohen der Konjunktur sowohl von der Inlandsseite – Preissteigerungen schwächen die Realeinkommen, Zinserhöhungen bremsen die Baunachfrage, die „Sparpolitik“ der Bundesregierung bremst die öffentliche Nachfrage – als auch von der Auslandsnachfrage – vor allem der drohenden Rezession in den USA.

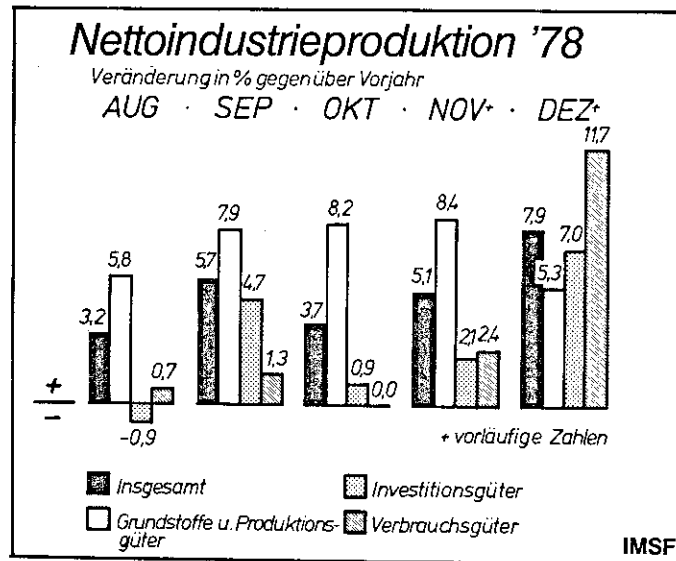
1.3 Produktion

Während sich das wirtschaftliche Wachstum, gemessen am Bruttosozialprodukt, beschleunigt hat, ist der Bereich der materiellen Produktion 1978 kaum rascher gewachsen als im Jahr davor.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes seit 1970

	Index	Veränderung in % geg. dem Vorjahr
1970	100,0	+5,9
1971	101,6	+1,6
1972	106,2	+4,5
1973	112,8	+6,2
1974	110,5	-2,0
1975	103,6	-6,2
1976	110,7	+6,9
1977	113,7	+2,7
1978	117,0	+2,9

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)



Das Vorkrisenniveau der Produktion wurde erst im Jahre 1978 deutlich überschritten, wobei dies auf die Belebung im zweiten Halbjahr 1978 zurückzuführen ist.

Diese Belebung hat sich auch in den letzten Monaten fortgesetzt. Sie bleibt allerdings verhalten, Rückschläge können nicht ausgeschlossen werden. Zudem sind die Produktionsziffern vom November und Dezember noch wenig gesichert, nachträgliche Korrekturen können das Bild noch erheblich verändern.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	Aug.	Sept.	Ok.	Nov. ²	Dez. ²
Insgesamt	+3,2	+5,7	+3,7	+5,1	+ 7,9
Grundstoffe und Produktionsgüter	+5,8	+7,9	+8,2	+8,4	+ 5,3
Investitionsgüter	-0,9	+4,7	+0,9	+2,1	+ 7,0
Verbrauchsgüter	+0,7	+1,3	0,0	+2,2	+11,7

¹ 1977/78 in % gegenüber dem Vorjahr

² Vorläufige Ziffern

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Obwohl sich in den meisten Branchen inzwischen die Belebung bemerkbar macht, bleiben die Unterschiede groß.

Die **Automobilindustrie** expandierte nochmals um real etwa 2,5 Prozent, stärker als ursprünglich erwartet. Für 1979 wird jedoch nicht mehr mit einem nennenswerten Zuwachs gerechnet. Eine große Bedeutung für die konjunkturelle Entwicklung hatte die **Bauwirtschaft**, die ihr Bauvolumen um 4 bis 5 Prozent vergrößerte. Für das laufende Jahr wird eine ähnliche Steigerung erwartet, allerdings mit der Tendenz einer Verlangsamung gegen das Jahresende zu. Mittelfristig sind die Erwartungen hier eher gedämpft, da die positiven Faktoren der Baukonjunktur – hohe öffentliche Aufträge und niedrige Zinsen – sich im Jahresverlauf ungünstiger gestalten dürften. Die **Chemische Industrie** erhöhte ihre Produktion um etwa 5 Prozent, bei einer leichten Tendenz zur Wachstumsbeschleunigung. Vor allem bei Chemiefasern hat sich die Lage konsolidiert. Etwas ungünstiger ist die Situation in der **Elektroindustrie**. Zwar konnte 1978 ein Produktionsplus von knapp 2 Prozent erreicht werden, im Bereich der elektrotechnischen Verbrauchsgüter, vor allem bei Farbfernsehgeräten, haben sich aber ansehnliche „Halden“ unverkaufter Produkte angesammelt.

Dagegen konnte die **Datentechnik** ihre Produktion um etwa 10 Prozent ausweiten, wobei hier eine gewisse Verlangsamung festzustellen ist. Der **Maschinenbau** hat im Jahre 1978 stagniert, erst für 1979 wird eine leichte Ausweitung der Produktion erwartet. Diese Branche ist als traditioneller Lieferant von Investitionsgütern von der relativen Investitionsschwäche besonders stark getroffen. Außerdem dürfte sich ein Teil der Investitionsaufträge auf die Elektrotechnik und die Datenverarbeitung verlagert haben.

Die **Stahlindustrie** konnte ihre Produktion trotz des Streiks 1978 um etwa 6 Prozent ausweiten. Für das laufende Jahr wird überwiegend mit einem Anhalten des Produktionswachstums gerechnet, das etwa im Rahmen der Vorjahresergebnisse liegt.

Rückläufig war die Produktion in den **Textil- und Bekleidungsindustrien**, in der **Schuhindustrie** und im **Schiffbau**. Hier sind auch kaum Belebungssignale sichtbar, vor allem im Schiffbau ist eher mit einer Verschärfung der Krisenerscheinungen zu rechnen.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	Aug.	Sept.	Ok.	Nov.
Produzierendes Gewerbe insgesamt	+ 3,2	+ 5,7	+ 3,7	+ 5,1
Eisenschaffende Industrie	+14,9	+18,7	+13,0	- ²
Chemische Industrie	+ 7,3	+ 8,8	+ 6,9	+ 8,8
Maschinenbau	+ 2,7	+ 4,5	- 0,6	0,0
Straßenfahrzeugbau	- 1,3	+ 8,2	+ 5,0	+ 4,6
Elektrotechnik	- 4,8	+ 5,3	- 0,2	+ 3,9
EDV-Geräte	+ 4,4	+14,9	- 1,7	-10,0
Textilgewerbe	- 3,3	+ 0,2	- 1,4	+ 2,3
Bekleidungsgewerbe	-10,1	- 3,1	- 4,0	+ 3,5
Bauhauptgewerbe	-10,7	+11,8	+ 8,7	+15,3

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

² Wegen Streik nicht berechnet

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht Iff.)

Auch die Auftragsziffern deuten – bei aller notwendigen Vorsicht – auf eine Fortsetzung der leichten und schwankenden Belebungstendenz hin. Die Dezemberzahlen sind allerdings durch Großaufträge aus dem Ausland stark überzeichnet. Im Vorjahresvergleich wirkt sich die Tatsache optisch aus, daß im Dezember 1977 die Investitionsgüterindustrien einen besonders starken Sprung nach oben ausgewiesen hatten.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt (1)	Grundstoffe und Produktionsgüter (1)	Investitionsgüter (1)	Verbrauchsgüter (1)
Juli	+7,0	+5,3	+ 8,6	+ 8,1
Aug.	+8,7	+7,0	+11,3	+11,0
Sept.	+7,5	+5,5	+ 4,7	+ 3,7
Ok.	+7,9	+5,7	+11,4	+10,0
Nov.	+6,6	+4,4	- ³	+ 3,2
Dez. ²	-0,1	+ 2,4	- 2,4	+ 2,1

(1) Zu jeweiligen Preisen; (2) Preisbereinigt

¹ Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

² Vorläufige Zahlen

³ Wegen Streiks unvollständig

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Belebungssignale waren in den letzten Monaten bei den Auslandsaufträgen etwas deutlicher als bei den Inlandsaufträgen. Die inländischen Bestellungen stagnieren seit September auf dem Niveau, das nach einem relativ starken Anstieg im Juli, August und September erreicht werden konnte. Saisonbereinigt lagen sie im Dezember nicht höher als im September. Trotz der Belebungssignale kann also von einer kontinuierlichen und kräftigen Verbesserung der Auftragslage gegenwärtig nicht gesprochen werden.

Auftragseingänge nach Herkunft¹

	Verarbeitendes Gewerbe insges.	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Inland				
Juli	+ 7,4	+ 7,0	+ 8,9	+ 5,2
Aug.	+ 8,3	+11,3	+10,6	+ 2,0
Sept.	+ 5,8	+ 4,7	+ 9,7	+ 4,0
Ok.	+ 9,3	+11,4	+10,3	+ 7,4
Nov.	+ 7,5	- ²	+ 5,0	+ 9,4
Dez.	- 1,9	+ 1,9	- 5,8	+ 2,1
Ausland				
Juli	+ 6,0	+12,8	+ 1,2	+15,0
Aug.	+10,6	+ 9,5	+ 8,2	+ 8,9
Sept.	+11,5	+ 1,9	+10,4	+14,9
Ok.	+ 5,3	+ 9,7	- 1,7	+18,3
Nov.	+ 5,9	- ²	+ 2,2	+19,3
Dez.	+ 4,0	+ 3,3	+ 4,3	+ 3,6

¹ Zu jeweiligen Preisen, in % gegenüber dem Vorjahr

² Wegen Streiks unvollständig

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Die Auftragsziffern gelten in der bürgerlichen Konjunkturanalyse als einer der wichtigsten „Frühindikatoren“, da die Aufträge von heute als die Produktion von morgen angesehen werden können. Es hat sich aber vor allem im abgelaufenen Jahr herausgestellt, daß diese wegen ihrer Fehlerhaftigkeit und der Schwerfälligkeit bei der Ermittlung in der Bundesrepublik für kurzfristige Konjunkturprognosen nicht nur unbrauchbar, sondern sogar irreführend sein können. Aber obwohl die bundesrepublikanische Wirtschafts- und Sozialstatistik in vieler Hinsicht mangelhaft ist, drängen die Unternehmer auf Einschränkungen. Behauptet wird, die Unternehmer müßten als „Zahlenknechte des Staates“ (Frankfurter Allgemeine) immer mehr „unbezahlte Hilfsdienste für den Staat“ leisten – als ob nicht in erster Linie die Unternehmen selbst die Statistiken für ihre Zwecke nutzen. Die Bundesregierung scheint aber gewillt zu sein, dem Druck der Unternehmerverbände nachzugeben, die mit eigenen Gesetzesinitiativen sehr rege tätig gewesen sind. Dem Bundestag liegt gegenwärtig eine Novelle zum Bundesstatistikgesetz vor, das in vielen Punkten – Streichung von statistischen Erhebungen, Verringerung der Häufigkeit von statistischen Befragungen usw. – den Vorstellungen der Unternehmer entspricht. Zusätzlich fordern die Unternehmer, teilweise unterstützt durch die CDU/CSU, eine Berücksichtigung der mit der Erhebung von Daten bei den Unternehmen verbundenen Kosten bei der Steuerschuld. Gleichzeitig aber wird verlangt, die Ergebnisse der statistischen Erhebungen den Unternehmen rascher und besser für deren Zwecke aufbereitet zur Verfügung zu stellen und für die Geheimhaltung betrieblicher Daten zu sorgen. Der Staat soll offensichtlich zumindest teilweise Marktforschung für die privaten Unternehmen betreiben und das dann auch noch über Steuergelder finanzieren. Im Mittelpunkt der Statistiken sollen die spezifischen Unternehmerinteressen stehen.

Obwohl die Konstruktion der Statistik auch für die Arbeiterbewegung von größter Bedeutung ist – man denke nur an die Rolle, die „Orientierungsdaten“ in der Lohnpolitik spielen –, vollziehen sich die Beratungen über die Statistiknovelle nahezu unter Ausschluß der Öffentlichkeit, als Verhandlungsgegenstand zwischen Unternehmerverbänden und Ministerialbürokratie. Es ist an der Zeit, daß auch die Seite der Arbeiter und Angestellten in massiver Form ihre Interessen geltend macht.

1.4 Außenhandel

Der Export hat für die Bundesrepublik eine große Bedeutung, immerhin wurden 1978 28,9 Prozent des Bruttosozialprodukts exportiert. Der Exportanteil ist also hoch – allerdings nicht wesentlich höher als bei vergleichbaren Industrieländern. Entscheidend für die konjunkturelle Entwicklung – das sollte dabei nicht vergessen werden – ist für die Bundesrepublik noch immer der Binnenmarkt.

Trotz der Währungsunruhen hat sich die Ausfuhr relativ stabil entwickelt. Bei einer Erhöhung des kapitalistischen Welthandels um real etwa 5 Prozent stiegen die Ausfuhr der Bundesrepublik ebenfalls um 5 Prozent, wobei vor allem in den letzten Monaten des Jahres wieder eine Belebung zu verzeichnen war.

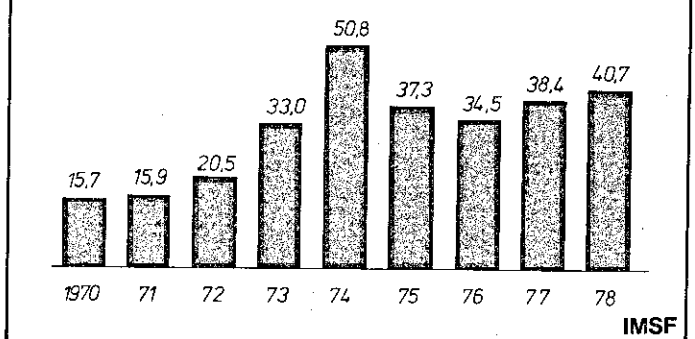
Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% ¹	Importe in Mrd. DM	% ¹	Saldo in Mrd. DM	% ¹
1970	125,3	-	109,6	-	+15,7	+ 0,6
1971	136,0	+ 7,9	120,1	+ 9,6	+15,9	+ 1,3
1972	149,0	+ 9,6	128,7	+ 7,2	+20,3	+27,7
1973	178,4	+19,7	145,4	+11,4	+33,0	+62,6
1974	230,5	+29,3	179,7	+23,6	+50,8	+53,9
1975	221,6	- 3,9	184,3	+ 2,5	+37,3	-26,6
1976	256,2	+15,6	221,6	+20,3	+34,5	- 7,5
1977	273,6	+ 6,6	235,2	+ 5,8	+38,4	+11,3
1978	284,6	+ 4,0	243,8	+ 3,7	+40,7	+ 6,0

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Außenhandel der BRD Exportüberschuß in Mrd. DM



Der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik ist nochmals gewachsen. Die stabile außenwirtschaftliche Position wurde auch durch die Aufwertung der DM nicht wesentlich beeinträchtigt. Immerhin war die DM z. B. im November 1978 gegenüber dem Durchschnitt der 22 wichtigsten Währungen um rund 9 Prozent teurer. Dieser Aufwertungseffekt konnte jedoch von den Exporteuren zum größten Teil dadurch aufgefangen werden, daß sie ihre Exportpreise nur geringfügig erhöhten und so den mit der DM-Aufwertung verbundenen Vertueuerungseffekt für ihre Waren ausglich. Diese „Preiszugeständnisse“ waren möglich, weil die Aufwertung der DM gleichzeitig den Import vor allem von Rohstoffen verbilligte und so kostensenkend wirkte.

Außerdem – darauf weist das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung hin – haben sich die Lohnkosten in der Bundesrepublik wesentlich langsamer erhöht als in den meisten anderen kapitalistischen Industrieländern. Bereinigt man den Effekt der Aufwertung der DM um die Differenz der Lohnkostensteigerung zwischen In- und Ausland, so ergibt sich für 1978 sogar eine bessere Wettbewerbsposition der BRD als 1973.

Entwicklung der Lohnstückkosten¹

	1976	1977	1978	1979 ²
Bundesrepublik	+1,3	+4,2	+3,0	+2,0
Europäische Gemeinschaft	+7,9	+8,8	+7,5	+6,0
Kapitalistische Industrieländer insgesamt	+7,3	+7,6	+7,0	+6,5

¹ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit zu Bruttosozialprodukt, in nationalen Währungen, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

² Vorausschätzung des DIW

(Quelle: DIW-Wochenbericht)

Allerdings bleibt der Trend zur Aufwertung der DM für die BRD nicht völlig folgenlos. Denn gleichzeitig mit der Verbilligung von Importwaren geraten einzelne Industriezweige wie z. B. die Textil- und Bekleidungsindustrien unter verstärkten ausländischen Konkurrenzdruck. Inländische Absatzmärkte gehen verloren. Dies war auch 1978 so. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die Importe real rascher anstiegen als die Exporte, die Erhöhung des Außenhandelsüberschusses also nur auf die Verschiebung der Preisrelationen zugunsten der BRD im Gefolge der DM-Aufwertung zurückzuführen war.

Dies ist die Kehrseite der einseitig auf den Export gerichteten Strategie von Bundesregierung und Unternehmern: Ein hoher Exportüberschuß bewirkt die Aufwertung der DM, diese wiederum erleichtert ausländischen Anbietern das Eindringen in inländische Märkte und führt so auch zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Nebenbei sei angemerkt, daß es oft ein- und dieselben Konzerne sind, die Produktionsstätten ins Ausland verlagern und ihre Produkte unter Ausnutzung der Währungsverschiebungen reimportieren.

Wenn von Bundesregierung und Unternehmern demagogisch die Steigerung der internationalen Konkurrenzfähigkeit als Garant der Arbeitsplätze behauptet wird, dann sollte dieser Zusammenhang nicht vergessen werden.

Für das laufende Jahr ist mit keiner wesentlichen Beschleunigung des Exports zu rechnen. Denn die wirtschaftliche Situation der meisten kapitalistischen Industrieländer verbessert sich nur zögernd. Gleichzeitig wird in den USA – dem größten Importland der Welt – mit einer Rezession oder doch mit einer starken Wachstumsabschwächung gerechnet, so daß von daher eher negative Auswirkungen auf den Welthandel zu erwarten sind.

Die Tendenz zur Aufwertung der DM begünstigt auch den Kapitalexport. Ausländische Fabriken und Wertpapiere sinken für den westdeutschen Erwerber im Preis, wenn die DM im Vergleich mit anderen Währungen höher bewertet wird. Allerdings ist dies nur ein Faktor, der den Kapitalexport beeinflusst. Auch das unterschiedliche Zinsniveau und die spekulativen Erwartungen hinsichtlich der Kursentwicklung der Währungen spielen eine Rolle.

Langfristiger Kapitalverkehr der Bundesrepublik¹

	Kapitalexport	Kapitalimport	Saldo
1973	– 0,7	+15,4	+14,7
1974	– 9,5	+ 4,1	– 5,4
1975	–21,9	+ 3,9	–18,0
1976	–17,6	+14,8	– 2,7
1977	–22,2	+11,0	–11,2
1978	–20,8	+22,0	+ 1,2

¹ In Mrd. DM, nur privater Kapitalverkehr, – = Erhöhung der BRD-Kapitalanlagen im Ausland (Kapitalexport) + = Erhöhung der ausländischen Kapitalanlagen im Inland (Kapitalimport)
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Im Jahre 1978 hat sich die Tendenz des privaten Kapitalverkehrs wieder umgekehrt, d. h. der Kapitalimport überstieg den Kapitalexport. Dies dürfte aber nur eine vorübergehende Erscheinung sein, die vor allem mit den Währungsunruhen zusammenhängt. Denn die Umkehr der Kapitalströme ist vor allem auf eine Erhöhung des Kapitalimports zurückzuführen. Ausländer haben versucht, zusätzlich Geld in DM – d. h. in westdeutschen Wertpapieren – anzulegen, um aus der Aufwertung der DM spekulativen Nutzen zu ziehen.

2. Unternehmernergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmernergewinne

Der für das zweite Halbjahr 1978 und das erste Halbjahr 1979 erwartete Gewinnboom ist eingetreten. Seit Mitte des vergangenen Jahres expandieren die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ ruckartig. Ihr Anstieg wird unterstützt durch die Auswirkungen der zahlreichen steuerlichen Maßnahmen zur Gewinnstabilisierung, die nun auch statistisch zu Buche schlagen.

Unternehmernereinkommen

	In Mrd. DM 1977	1978	In % gegenüber dem Vorjahr 1978	2. Hj. 1978	1. Hj. 1979 ¹
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	263,6	291,5	+10,6	+13,5	+14,0
Steuerabzüge	63,9	66,0	+ 3,3	+ 3,2	– 2,5
Nettoeinkommen der Privaten aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ²	211,2	236,9	+12,2	+15,5	+19,0

¹ DIW-Schätzung

² Bruttoeinkommen abzüglich Gewinnsteuern zuzüglich der Zinszahlungen des Staates an die Privaten, die als „negative“ Vermögenseinkommen des Staates gewertet werden.
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 4–5/1979, S. 30)

Es wird damit gerechnet, daß die Nettoeinkommen der Selbständigen zwischen 1977 und 1979 um absolut gut 60 Milliarden steigen, während die Nettoeinkommen der Lohn- und Gehaltsabhängigen sich nur um gut 50 Milliarden erhöhen sollen.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Zahl der Selbständigen ja kontinuierlich rückläufig ist, d. h. daß sich die steigenden Selbständigeneinkommen auf immer weniger Köpfe verteilen. Es zeichnet sich in diesen Ziffern ein Umverteilungsprozeß zugunsten der Selbständigen und Unternehmer ab, der in dieser Intensität nur noch mit den Vorgängen 1969 und 1970 zu vergleichen ist.

In den Unternehmensbilanzen ist dies vorerst nur ansatzweise sichtbar, da die Abschlüsse nur mit langen Verzögerungen vorgelegt werden. Trotzdem deuten die ersten Daten auch hier auf kräftige Gewinnsteigerungen hin. So steigerte VW seinen Ertrag schon in den ersten 9 Monaten von 1978 um 37 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Gleichzeitig werden den VW-Arbeitern für 1979 Tarifierhöhungen um 4,3 Prozent als ausreichend zugemutet. Für etwa 3 Milliarden DM sucht der VW-Konzern noch Anlagemöglichkeiten.

Siemens weist für das Geschäftsjahr 1977/78 Nettogewinnsteigerungen um 11 Prozent aus, der Veba-Konzern spricht von „deutlich“ höheren Gewinnen. Die Bundespost erzielte 2,33 Milliarden DM als Gewinn, 18 Prozent mehr als 1977.

Selbst die Stahlkonzerne, die sich doch angeblich noch mitten in einer Krise befinden, kündigen Gewinnerhöhungen an. Neben den Produktions- und Absatzverbesserungen spielen dabei vor allem die Preiserhöhungen eine Rolle, bei denen die Steigerungsraten „zweistellige Prozente“ (Gienow, Klöckner-Werke) ausmachen.

2.2 Betriebsstillegungen

Die Zahl der Insolvenzen und Konkurse ist 1978 erstmals seit 1969 wieder etwas zurückgegangen. Sie liegt allerdings noch immer erheblich über dem Stand von 1974 und übertrifft den Krisenhochstand von 1967 um mehr als das Doppelte.

Insolvenzen

1955	1960	1967	1970	1971	1972
3691	2958	4337	4201	4437	4575
1973	1974	1975	1976	1977	1978
5515	7722	9195	9361	9562	8722

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Insolvenzen und Konkurse sind ein wichtiger Grund für Betriebsstillegungen und Arbeitsplatzabbau. Allerdings werden Betriebe auch aus anderen Gründen stillgelegt, ohne daß es zu akuten finanziellen Schwierigkeiten kommen muß. Hierzu zählen vor allem Zweigbetriebe großer Konzerne. Eine Untersuchung in der Industrie ergab, daß 1974/75 nur 43 Prozent der Betriebsstillegungen wegen „finanzieller Schwierigkeiten“ erfolgten. (Quelle: siehe Tabellen)

Die Zahl der Betriebsstillegungen in der Industrie ist etwa seit Mitte der sechziger Jahre sprunghaft angestiegen. Dabei ist ein deutlicher Zusammenhang mit der konjunkturellen Entwicklung sichtbar.

Betriebsstillegungen in der Industrie

	Stillgelegte Betriebe	Betroffene Beschäftigte ²	In % der Industriebeschäftigten
1955–57	423	35400	0,49 ¹
1958–60	586	58200	0,74 ¹
1961–63	845	115900	1,39 ¹
1964–65	688	55600	0,66
1966–67	2238	228300	2,81
1968–69	1089	108700	1,34
1970–71	1600	120600	1,41
1972–73	1350	141900	1,76
1974–75	1649	187600	2,46

¹ Nicht voll vergleichbar mit den folgenden Ziffern, da Dreijahreszeiträume erfaßt
² Höchststand in den 2 Jahren vor der Stilllegung
(Quelle: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, „Die Standortwahl der Industriebetriebe in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)“, bearbeitet in der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, lfd.)

Die meisten Arbeitsplatzverluste sind mit der Schließung großer Betriebe verbunden. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß im Zeitraum zwischen 1972 und 1975 fast die Hälfte aller „stillgelegten“ Arbeitsplätze auf Betriebe mit weniger als 200 Beschäftigte entfiel.

Betriebsstillegungen in der Industrie nach Betriebsgrößenklassen²

Größenklasse	Stillgelegte Betriebe	Betroffene Beschäftigte ¹
bis 50 Beschäftigte	1436	39900
50– 100 Beschäftigte	751	51900
100– 200 Beschäftigte	455	61100
200– 500 Beschäftigte	263	78600
500–1000 Beschäftigte	67	43200
über 1000 Beschäftigte	27	55000
insgesamt	2999	329500

¹ Höchststand in den 2 Jahren vor der Stilllegung; ² 1972–1975
(Quelle: ebenda)

Zwar wurden auch Arbeitsplätze in neuen oder in verlagerten Betrieben geschaffen. Allerdings liegt deren Zahl in den siebziger Jahren dauerhaft niedriger als die der vernichteten Arbeitsplätze.

Stillgelegte und neuerrichtete Industriebetriebe

	Betriebsstillegungen Betriebe	Beschäftigte ¹	Betriebseröffnungen Betriebe	Beschäftigte
1970	756	60700	683	43200
1971	844	59900	645	32800
1972	559	62900	462	24300
1973	791	78900	377	22300
1974	882	104900	225	14100
1975	767	82700	228	12000

¹ Höchststand in den 2 Jahren vor der Stilllegung
(Quelle: ebenda)

Die zitierten Untersuchungen reichen vorerst nur bis 1975. Es ist aber anzunehmen, daß die Stilllegungsziffern in den folgenden Jahren noch weiter angestiegen sind.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter und Einkommensverteilung

Die Entwicklung der Tarifföhne und -gehälter hat sich 1978 deutlich verlangsamt.

Tarifflohn- und Gehaltsniveau¹

1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
+13,0	+13,3	+9,1	+10,3	+12,5	+8,5	+5,9	+6,8	+5,6

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Dies ist der niedrigste Anstieg seit 1968.

Allerdings haben sich die steuerlichen Entlastungen und die vorübergehende Beruhigung der Preisentwicklung positiv ausgewirkt, so daß die realen Arbeitsverdienste deutlich rascher gestiegen sind als 1977.

Löhne und Gehälter 1978

	Mrd. DM	1977 %	Mrd. DM	1978 % ¹
Bruttolohn- und Gehaltssumme	546,3	+ 7,0	578,7	+5,9
Sozialbeiträge	73,2	+ 7,9	78,0	+6,5
Lohnsteuer	90,8	+11,4	92,7	+2,1
Nettolohn- und -gehaltssumme	382,3	+ 5,8	408,0	+6,7
Nettolohn- und -gehaltssumme je Beschäftigten (DM)	17937	+ 5,7	19052	+6,2
Realeinkommen je Beschäftigten	–	+ 1,8	–	+3,6

¹ Schätzung des DIW

² in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: DIW-Wochenbericht, Nr. 4–5/79; eigene Berechnungen)

Es muß allerdings betont werden, daß dieser durch die erwähnten Sonderfaktoren begünstigte Anstieg der Reallöhne und -gehälter immer noch im Rahmen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität liegt, die – verstanden als Bruttosozialprodukt je Erwerbstätigen – nach vorläufigen Berechnungen ebenfalls um 3,6 Prozent gestiegen ist. Die Einkommensverteilung hat sich jedoch eindeutig weiter zugunsten der Unternehmer verschoben, da die Steuerentlastungen bei diesen stärker zu Buche geschlagen haben als bei den Löhnen und Gehältern.

Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²	Nettolohn- und -gehaltssumme Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²
1950	58,4	58,4	45,4	45,4
1960	60,4	53,4	43,6	38,5
1970	67,8	55,7	44,4	36,5
1973	70,7	57,3	43,1	34,9
1975	72,8	59,0	43,2	35,0
1976	71,2	57,5	41,0	33,1
1977	71,8	57,7	40,9	32,9
1978	70,9	56,9	40,7	32,6

¹ Anteil der Einkommen der Lohnabhängigen am Volkseinkommen

² Bereinigt auf Grundlage der Beschäftigungsstruktur von 1950
(Quelle: „Informationen ...“ 2/1978; DIW-Wochenbericht Nr. 4–5/1979; eigene Berechnungen)

Selbst die Bruttolohnquote, mit der die Unternehmer und die Bundesregierung zu argumentieren pflegen (sie enthält nicht nur die Bruttolöhne und -gehälter, sondern auch noch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung), ist 1978 also wieder auf den Stand von 1973 zurückgegangen. Berücksichtigt man, daß der Anteil der Lohnabhängi-

gen an der Zahl der Erwerbstätigen seither gestiegen ist (er lag 1978 bei 84,5 Prozent), d. h., daß es relativ mehr Lohnempfänger als Selbständige im Vergleich zu 1973 gibt (das berücksichtigt die bereinigte Lohnquote), dann ist die Bruttolohnquote sogar unter den Stand von 1973 zurückgegangen. Noch deutlicher ist der Positionsverlust, wenn man nur die Nettoeinkommen, d. h. das, was dem Lohnempfänger nach Abzug aller Abgaben tatsächlich verbleibt, berücksichtigt: Mit 40,7 Prozent erhalten die Arbeiter und Angestellten auch 1978 wieder einen geringeren Teil des Volkseinkommens als im Vorjahr – trotz steuerlicher Entlastungen.

Im laufenden Jahr haben die Sonderfaktoren, die 1978 die realen Arbeitseinkommen gestützt haben, an Bedeutung verloren. Der Entlastungseffekt von der Lohnsteuerseite her wird niedriger ausfallen als im Vorjahr – obwohl von daher immer noch positive Auswirkungen zu erwarten sind. Die Preisentwicklung beschleunigt sich schon jetzt deutlich, eine Tendenz, die anhalten dürfte.

Soll die Reallohnentwicklung 1979 nicht stark hinter das Ergebnis von 1978 und hinter die Entwicklung der Arbeitsproduktivität zurückfallen, so sind Tarifabschlüsse nötig, die deutlich über den Ergebnissen von 1978 liegen.

Eine Verlangsamung des Reallohnanstiegs wäre auch aus konjunkturellen Gründen bedenklich, da dies die 1978 relativ stabile Entwicklung des privaten Verbrauchs gefährden würde. Der private Verbrauch ist aber gegenwärtig neben den öffentlichen Aufträgen die wichtigste Stütze der labilen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung.

3.2 Steuern

Die Steuereinnahmen expandierten 1978 etwas rascher als ursprünglich angenommen, so daß die Kreditaufnahme der öffentlichen Körperschaften etwas niedriger ausfiel.

Steuereinnahmen	1978		1979 ²	
	Mrd. DM	% ¹	Mrd. DM	%
Gesamteinnahmen ³	318,7	+ 6,4	332,6	+ 4,4
darunter:				
Lohnsteuer	92,0	+ 1,4	95,0	+ 3,3
Veranlagte Einkommensteuer	37,4	+ 5,4	36,5	- 2,4
Körperschaftsteuer	19,8	+17,8	20,5	+ 3,5
Umsatzsteuer	73,3	+16,9	81,8	+11,6

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

² Steuerschätzung der Bundesregierung vom November 1978

³ Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden einschließlich den Abgaben von EG und Lastenausgleich

(Quelle: Ifo-Schnelldienst Nr. 4/1978, S. 4 ff.)

Die Lohnsteuereinnahmen expandierten deutlich langsamer als die Gesamteinnahmen als auch als die Löhne und Gehälter. Die Umsatzsteuern, vor allem die Mehrwertsteuer, nahmen dagegen infolge der Mehrwertsteuererhöhung rascher zu. Überzeichnet durch die Körperschaftsteuerreform von 1977 waren die Körperschaftsteuereinnahmen, die allerdings 1979 kaum noch zunehmen werden. Ansonsten wirken sich die Veränderungen im Steuersystem, die in den letzten Jahren vorgenommen worden sind, auch 1979 aus: langsame Zunahme der Lohnsteuern, rascher Anstieg der Verbrauchsteuern, Rückgang der Gewinnsteuern.

Die Belastung der Löhne und Gehälter durch direkte Steuern hat infolgedessen etwas abgenommen, während die Verbrauchsteuern dort und bei den Sozialeinkommen stärker zu Buche schlagen.

Allerdings wirkt sich die relative Lohnsteuerentlastung nur 1978 und 1979 aus, 1980 wird der Belastungsgrad wieder ansteigen.

Abgabenbelastung der Löhne und Gehälter

	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979 ¹
Bruttolöhne und -gehälter (Mrd. DM)	306	345	376	424	464	480	511	546	579	618
Lohnsteuer ² (Mrd. DM)	36,9	44,9	52,5	64,8	75,9	73,4	83,0	93,2	94,5	97,3
Sozialversicherung (Mrd. DM)	33,3	37,2	42,1	49,8	54,6	60,0	67,8	73,2	78,0	83,8
Abgabenbelastung in %	22,92	23,81	25,16	27,03	28,15	27,82	29,53	30,46	29,79	29,30
darunter:										
mit Lohnsteuern	12,05	13,03	13,96	15,28	16,37	15,30	16,25	17,06	16,32	15,74
mit Sozialversicherung	10,87	10,79	11,20	11,75	11,79	12,52	13,28	13,40	13,47	13,55

¹ Schätzung des Ifo-Instituts

² Einschließlich Kirchensteuer und Ergänzungs- bzw. Stabilitätsabgabe

(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 4/79, S. 6)

Die steuerlichen Maßnahmen reichen nicht aus, um die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung auf den Stand von 1975, unmittelbar nach der Steuerreform, zu senken. Zudem steigen die Sozialversicherungsbeiträge kontinuierlich an. Berücksichtigt man, daß eine Mehrwertsteuererhöhung um 1 Prozent für das durchschnittliche Arbeitnehmer-einkommen eine zusätzliche Belastung von etwa 0,5 Prozent beinhaltet, so ist die tatsächliche Steuerentlastung für 1978 und 1979 noch wesentlich geringer.

Bei allen diesen Rechnungen ist zu berücksichtigen, daß die Lohnsteuerentlastung sich nur relativ auswirkt, d. h. absolut auch 1978 und 1979 von den Arbeitern und Angestellten mehr Lohnsteuern gezahlt werden müssen.

3.3 Preise

Die Preisentwicklung hat sich im Verlauf der letzten Jahre stark beruhigt, das Jahr 1978 verzeichnete die geringsten Preissteigerungsraten seit 1969.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Lebenshaltung	Industrie-preise	Landwirt-schaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandels-preise	Import-preise
1970	+3,4	+ 4,9	- 7,7	+3,5	- 1,0
1971	+5,3	+ 4,3	+ 3,9	+4,9	+ 0,4
1972	+5,5	+ 2,6	+10,1	+4,7	- 0,6
1973	+6,9	+ 6,6	+ 6,3	+6,5	+12,8
1974	+7,0	+13,4	- 3,3	+7,3	+28,6
1975	+6,0	+ 4,7	+13,3	+5,4	- 1,7
1976	+4,5	+ 3,9	+11,9	+3,5	+ 6,7
1977	+3,9	+ 2,6	- 4,5	+3,8	+ 1,6
1978	+2,6	+ 1,2	- 5,4	+2,4	- 5,2

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Allerdings hat sich diese seit 1975 anhaltende Abschwächungstendenz in den letzten Monaten wieder umgekehrt. Die industriellen Erzeugerpreise steigen schon seit Mitte 1978 wieder beschleunigt, die Verbraucherpreise seit Oktober 1978. Vor allem im Januar 1979 machte der Preisindex einen Satz nach oben, teilweise bedingt durch Preissprünge als Folge des besonders kalten Winterwetters. Frischgemüse, Kartoffeln und Heizöl waren erheblich teurer als in der gleichen Vorjahreszeit. Das ändert jedoch nichts an der Tendenz, da sich auch der Preisindex ohne saisonabhängige Güter beschleunigt erhöht. Eine erhebliche Bedeutung hat dabei auch die Anhebung verschiedener öffentlicher Gebühren wie z. B. bei der Post und bei Rundfunk/Fernsehen. Preiserhöhungen bei der Bundesbahn stehen im April bevor.

Lebenshaltungsindex¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat		Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr	
August	-0,3		+2,4	
September	-0,3		+2,2	
Oktober	0,0		+2,1	
November	+0,3		+2,3	
Dezember	+0,4		+2,4	
Januar	+1,1		+2,9	
Februar	+0,6		+3,0	

¹ Alle Haushalte

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

Die sich in den letzten Monatszahlen abzeichnende Tendenz zu verstärkten Preiserhöhungen dürfte sich auch in der nächsten Zeit fortsetzen, da die Sonderfaktoren, die 1978 stabilisierend gewirkt haben, an Bedeutung verlieren: Die Importpreise steigen wieder etwas an, die Rohstoffpreise sind in Bewegung gekommen, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise gehen nicht weiter zurück. Schließlich wird Mitte des Jahres die Erhöhung der Mehrwertsteuer wirksam und treibt die Preise weiter hinauf. Es ist daher anzunehmen, daß die Verbraucherpreise eher noch rascher ansteigen werden als die Prognosen – sie gingen von einer erwarteten Preissteigerungsrate zwischen 3 und 3,5 Prozent aus – ursprünglich angenommen hatten.

3.4 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Erwerbstätigkeit hat im Jahre 1978 trotz der leichten Wirtschaftsbelebung kaum zugenommen. Für 1979 wird zwar erstmals seit 1973 wieder eine merkliche Zunahme der Erwerbstätigkeit prognostiziert. Dabei wird allerdings von einem realen Wachstum um mindestens 4 Prozent ausgegangen.

Erwerbstätigkeit¹

	1977	1978	1979 ²
Erwerbstätige insgesamt	25 021	25 081	25 205
Abhängig Beschäftigte	21 314	21 415	21 580
Selbständige ³	3 707	3 666	3 625

¹ In 1000 Personen

² Schätzung des DIW

³ Einschließlich mithelfende Familienangehörige

(Quelle: DIW-Wochenbericht, Nr. 4-5/1979, S. 42)

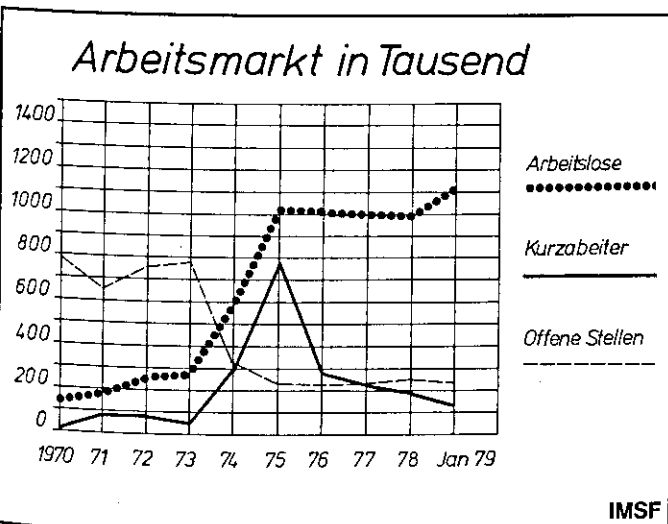
Obwohl das inländische Arbeitspotential, d. h. die Zahl der Arbeit-suchenden, zugenommen hat, hat sich die registrierte Arbeitslosigkeit leicht verringert. Zwar stiegen die Arbeitslosenziffern im Januar 1979 wieder stark an, lagen aber immer noch deutlich unter dem Vorjahresstand.

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose (1)		Kurzarbeiter (2)		Offene Stellen (1)	
1970	149	- 30	10	+ 9	795	+ 48
1971	185	+ 36	86	+ 76	648	-147
1972	246	+ 61	76	- 10	546	-102
1973	273	+ 27	44	- 32	572	+ 26
1974	582	+309	292	+248	315	-257
1975	1074	+492	773	+481	236	- 79
1976	1060	- 14	277	-496	235	- 1
1977	1030	- 30	231	- 46	231	- 4
1978	993	- 37	191	- 40	245	+ 14
Jan. 1979	1171	- 42	135	-116	238	+ 33

(1) In 1000 Personen; (2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)



Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der amtlichen Statistik ist aber nur optisch. Viele Arbeitslose scheiden nach einer bestimmten Zeit aus der Statistik aus, wenn sie sich nicht ständig der Arbeitsverwaltung „zur Verfügung“ halten. Diese „stille Reserve“ der nichtregistrierten Arbeitslosen ist auch 1978 gewachsen. Allerdings muß angemerkt werden, daß ihr Umfang vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nur geschätzt wird.

Berücksichtigt man zudem, daß die Zahl der ausländischen Erwerbspersonen in der Bundesrepublik seit 1973 rückläufig ist und weiterhin Ausländer zur Abwanderung gezwungen werden, so wird deutlich, daß von einem tatsächlichen Abbau der Arbeitslosigkeit auch 1978 nicht die Rede sein kann.

Tatsächliche Arbeitslosigkeit¹

	1977	1978
Registrierte Arbeitslose	1030	993
Stille Reserve	600	625
Abgewanderte Ausländer ²	426	471

¹ In 1000 Personen

² Seit 1973

(Quelle: Sachverständigengutachten 1978/79, S. 60; Presseberichte)

Dabei gibt die „stille Reserve“ nur sehr unvollständig an, wie weit die Bundesrepublik in Wirklichkeit von der „Vollbeschäftigung“ entfernt ist. Diese definiert das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung so, daß „jedem, der dies wünscht, die Möglichkeit zur Erwerbstätigkeit gegeben sein soll“. Nun ermittelte das IAB in einer Repräsentativbefragung, daß 55 Prozent der erwerbsfähigen Hausfrauen eine Beschäftigung wünschen. Diese Wünsche scheitern am Mangel an geeigneten Arbeitsplätzen, an den fehlenden Möglichkeiten zur Kinderbetreuung, an den fehlenden beruflichen Kenntnissen – alles Mängel, die durch eine entsprechende Wirtschafts- und Sozialpolitik wirksam bekämpft werden könnten und müßten – würde die Wirtschaftspolitik sich tatsächlich – wie es im Stabilitätsgesetz von 1967 steht – dem Ziel der „Vollbeschäftigung“ verpflichtet fühlen. (Zahlen nach: „Die individuelle Betroffenheit und subjektive Wahrnehmung von Beschäftigungsproblemen“, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 4/1978) Rechnet man die Befragungsergebnisse hoch auf die nichterwerbstätigen Frauen im erwerbsfähigen Alter, so gibt es in der Bundesrepublik neben den gemeldeten Arbeitslosen etwa 4,5 Millionen Frauen, die gern arbeiten würden, es aber aus wirtschaftlichen Gründen (im weitesten Sinne verstanden) nicht können.

Die Bedeutung der Arbeitslosigkeit hängt nicht nur von der absoluten Zahl der Arbeitslosen, sondern auch von der Betroffenheit der Erwerbstätigen insgesamt ab. Die amtlichen Statistiken ermitteln diesen Faktor jedoch nicht, so daß man auf Schätzungen oder auf Befragungen angewiesen ist.

Das IAB hat im Rahmen der oben erwähnten Umfrage auch den Grad der Betroffenheit der Lohnabhängigen zu ermitteln versucht.

Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit¹ in Prozent

	Länger als einen Monat einmal	mehrmals	nie
Abhängig Beschäftigte ¹	18	8	74
Männer	16	10	74
Frauen	22	5	73
Angestellte	19	5	76
Arbeiter	21	11	68
Ohne Berufsabschluß	27	11	62
Lehre	18	9	73

¹ Die Frage lautete: „Viele Menschen machen irgendwann in ihrem Arbeitsleben die schmerzliche Erfahrung der Arbeitslosigkeit. Wenn Sie einmal zurückdenken, wie oft sind Sie persönlich länger als einen Monat unfreiwillig arbeitslos gewesen?“

² Einschließlich registrierte Arbeitslose

(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nr. 4/1978, S. 413)

Demnach wären 1977 etwa 5,8 Millionen Beschäftigte mindestens einmal von einer längeren Arbeitslosigkeit betroffen gewesen. Diese Zahl dürfte inzwischen schon höher liegen, da die Befragung vom Sommer 1977 stammt. Etwa 18 Prozent der Befragten gaben darüber hinaus an, zwischen 1970 und 1977 ihren Arbeitsplatz mindestens einmal verloren zu haben – bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäf-

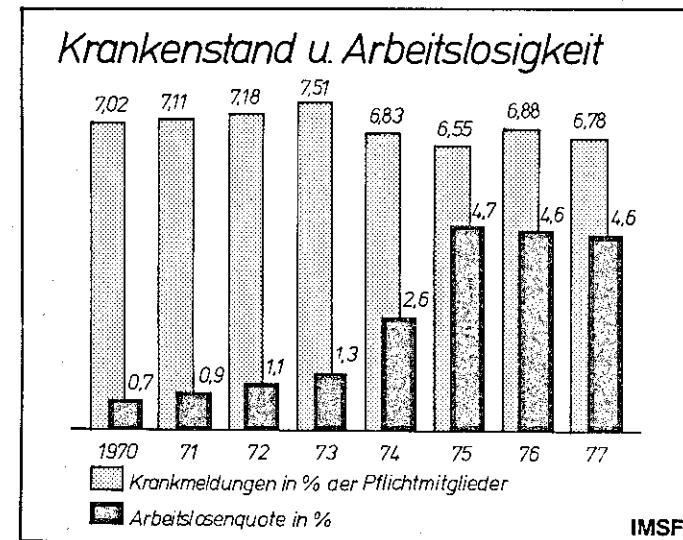
tigten wären das etwa 4 Millionen. Die Arbeitslosigkeit gehört also heute zum Erfahrungsbereich eines erheblichen Teils der Lohnabhängigen, wobei diese Erfahrungen überwiegend aus den letzten Jahren stammen. Dabei ist auffallend, daß von den 18- bis 24jährigen zwischen 1970 und 1977 19 Prozent einmal und 9 Prozent mehrmals ihren Arbeitsplatz verloren haben. Gerade für junge Leute ist die Arbeitslosigkeit also eine besondere Bedrohung, sie sind von Arbeitsplatzverlusten besonders gefährdet.

In gewerkschaftlichen Veröffentlichungen wird immer wieder betont, daß in Zeiten schlechter Beschäftigungslage der innerbetriebliche Druck zunimmt, die Arbeitsintensität steigt und die Belastung wächst. Obwohl dadurch die Krankheitsanfälligkeit gesteigert wird, melden sich viele Beschäftigte nicht krank, aus Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. Daß dieser Erfahrungswert sich auch auf der statistischen Ebene niederschlägt, zeigt ein Vergleich zwischen Arbeitslosenquote und Krankenstand bei den Betriebskrankenkassen.

Krankenstand und Arbeitslosigkeit

	Krankenstände ¹	Arbeitslosenquote
1970	7,02	0,7
1971	7,11	0,9
1972	7,18	1,1
1973	7,51	1,3
1974	6,83	2,6
1975	6,55	4,7
1976	6,88	4,6
1977	6,78	4,5

¹ Krankmeldungen in % der Pflichtmitglieder
(Quelle: Statistik der Betriebskrankenkassen laut Handelsblatt vom 2. 11. 1978)



Krankmeldungen und Arbeitsmarktsituation zeigen also einen engen Zusammenhang und machen deutlich, daß die Arbeitslosigkeit auch direkte Auswirkungen auf die Beschäftigten hat.

3.5 Stahlarbeiterstreik 1978/79

Wie in den „Informationen“, 4/78, gezeigt wurde, betrieben die Stahlkonzerne seit Mitte der sechziger Jahre in der Produktion Strukturbereinigungen, um ihre internationale Konkurrenzfähigkeit mittels Rationalisierung, Kurzarbeit und Massenentlassungen auf Kosten der Arbeiter und Angestellten auszubauen. Von 1964–1974 wurden im Stahlbereich rund 60 000 Arbeitsplätze vernichtet, bis Ende 1978 weitere 44 000.

Vor diesem Hintergrund fand auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im September 1977 die gegen die drohende Arbeitsplatzvernichtung gerichtete Forderung nach der 35-Stunden-Woche große Resonanz. Obwohl die IGM-Führung für andere Formen der Arbeitszeitverkürzung plädierte, beschloß der Gewerkschaftstag mit knapper Mehrheit die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Nach nicht einmal einem Jahr wurde diese Forderung in der Stahlindustrie aufgegriffen. Die Tariffkommission beschloß am 30. Juni 1978 als Ausgangsforderung:

Verkürzung der tariflichen wöchentlichen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche, auch durch Freizeit-ausgleich (Kündigungstermin des Manteltarifvertrages: 30. Juni 1978). Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 5 Prozent und der Ausbildungsvergütungen um 40 DM bzw. 30 DM (Kündigungstermin: 31. Oktober 1978).

Die relativ geringe Lohnforderung von 5 Prozent, die 45 der 112 Tariffkommissionsmitglieder als zu niedrig ablehnten, sollte offensichtlich die Unternehmer zu einem Entgegenkommen in der Frage der Verkürzung der Wochenarbeitszeit bewegen. Am 22. August 1978 fand die erste Tarifverhandlung über die Verkürzung der Arbeitszeit statt. In insgesamt fünf Verhandlungsrunden, die sich über 3 Monate hinwegzogen, lehnten die Unternehmer grundsätzlich den Einstieg in die 35-Stunden-Woche ab. Ihr Gegenangebot war, die nicht kündbaren Urlaubsvereinbarungen zu entfristen und die Urlaubsdauer um zwei Tage ab 1. Januar 1979 zu verlängern. Die 40-Stunden-Woche sollte auf drei weitere Jahre festgeschrieben werden.

Nach der Kündigung des Lohn- und Gehaltsabkommens sowie des Abkommens über die Ausbildungsvergütung am 31. Oktober machten die Unternehmer am 3. November in der vierten Runde das Angebot, die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 2,1 Prozent zu erhöhen.

In der fünften Runde erklärten sie die Gespräche für gescheitert. Es wurde deutlich, daß die Stahlunternehmer gemäß dem „Tabukatalog“ stellvertretend für die Unternehmerverbände BDA, BDI und Gesamtmetall einen Dammbuch im Bereich der Wochenarbeitszeit verhindern sollten.

Die Kompromißlosigkeit der Stahlunternehmer provozierte am 8. November bei Mannesmann/Duisburg 1000 Arbeiter und Angestellte zu einem ersten Warnstreik. Am 10. November erklärte auch der Vorstand der IGM die Verhandlungen für gescheitert und setzte die Urabstimmung für die Zeit vom 18. bis 21. November fest.

Am 14. November führten 1800 Mannesmann-Arbeiter in Bielefeld/Brackwede die „Arbeit nach Vorschrift“ durch. Die Vertrauensleute zahlreicher Konzernbetriebe organisierten Flugblattaktionen, in denen sie die Bevölkerung über die Forderungen informierten.

Zum Auftakt der Streikurabstimmung organisierte die IGM 22 Großkundgebungen, an denen sich 120 000 Arbeiter und Angestellte der Eisen- und Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen und Bremen am 17. November beteiligten.

Das Ergebnis der Urabstimmung: von 155 628 Stimmberechtigten stimmten 86,96 Prozent mit ja, 8 Prozent mit nein, bei einer Wahlbeteiligung von 95,17 Prozent.

Am 23. November beteiligten sich 800 Beschäftigte von Mannesmann/Duisburg-Huckingen an einem zweistündigen Warnstreik.

Kurz vor Streikbeginn machten die Unternehmer am 24. November ihr „letztes Angebot“: 6 Wochen Urlaub für alle bei gleichzeitiger Festsetzung der 40-Stunden-Woche auf drei Jahre. Erhöhung der Einkommen um 3 Prozent.

Dieses unter dem Eindruck des eindeutigen Urabstimmungsergebnisses zustande gekommene recht weitreichende – allerdings völlig unverbindliche – Urlaubsangebot sollte die Streikbereitschaft für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit brechen.

Vor dem Tagungsort führten 200 Vertrauensleute von Thyssen/Hamborn, Thyssen/Niederrhein und Mannesmann/Huckingen eine Kundgebung durch, bei der sie die Verhandlungskommission nochmals aufforderten, hart zu bleiben. Die Tariffkommission lehnte das Unternehmerangebot ab.

Am 27. November kündigten die Stahlindustriellen die Aussperrung aller Streikenden und außerdem von weiteren 29 000 Stahlarbeitern für den 1. Dezember an.

Am 29. November begann die IGM mit einem Schwerpunktstreik in 9 Betrieben mit insgesamt 37 000 Beschäftigten. Für die Taktik des

Schwerpunktstreiks sprach die minimale finanzielle Belastung der Streikkasse bei einem maximalen Druck. Da die Automobilindustrie gerade einen Boom erlebte, boten sich deren Zulieferbetriebe für den Streik an. Gleichzeitig haben Schwerpunktstreiks den Nachteil, daß u. U. eine lange Frist verstreichen muß, ehe sich die volle ökonomische Wirksamkeit der Arbeitsverweigerung entfaltet. Wie der Streikverlauf aber bewies, waren offensichtlich die Lagerbestände von der Gewerkschaft nicht realistisch eingeschätzt worden. Zum Beispiel hatte „die Automobilindustrie ... vor dem Streikbeginn eine halbe Monatsmenge zusätzlich abgenommen“, wie der Vorstandsvorsitzende von Krupp am 12. Februar 1979 in der „Wirtschaftswoche“ freimütig kundtat.

Es gab auch Anlaufprobleme. Bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen arbeitete mehr als die Hälfte der Belegschaft (etwa 1500) aus angeblich „technischen Gründen“ in den ersten Tagen weiter. Bei Krupp in Düsseldorf-Benrath versuchten etwa 20 DAG-Mitglieder am ersten Streiktag vergeblich, im Block die Streikpostenkette zu durchbrechen. Teilweise ließen sich Arbeitsdirektoren, die vorher in Belegschaftsversammlungen aktiv gegen den Streik agitierten, im Streik nicht blicken, wobei das Gerücht aufkam, sie seien in Urlaub gefahren.

Kennzeichnend schon für die erste Streikphase ist die breite Solidarität, die den Streikenden zuteil wurde. Der Unterstützungsbeschuß des DGB/NRW ist hierfür vorbildhaft. Am 29. November führten 360 Stahlwerker von Phoenix/Dortmund aus Protest gegen den Aussperungsbeschuß der Unternehmer einen zweieinhalbstündigen Warnstreik durch. Am 30. November fand in Bochum eine Protestkundgebung gegen die Aussperrung statt, an der mehr als 10 000 Stahlarbeiter teilnahmen.

Am 1. Dezember sperrten die Stahlkonzerne neben den 37 000 Streikenden 29 000 Arbeiter und Angestellte in 7 Betrieben aus. Zahlreiche bisher nicht in den Arbeitskampf einbezogene Belegschaften legten daraufhin aus Protest die Arbeit nieder: am 1. Dezember 7000 bei Thyssen/Oberhausen, mehrere Hundert bei Phoenix/Dortmund, am 2. Dezember 150 Arbeiter der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg und am 5. Dezember mehrere Hundert bei Krupp/Rheinhausen. Der Mannesmann-Konzern/Mühlheim sperrte 6000 von 9000 Beschäftigten aus. Die 3000 verbliebenen Arbeiter und Angestellten beantworteten dies mit Streik.

Am 6. Dezember begann der Arbeitsminister von NRW, Farthmann, als Vermittler tätig zu werden. Von ihm war bekannt, daß er sich schon vorher grundsätzlich gegen einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche für alle ausgesprochen hatte.

Am 8. Dezember führte die IGM-Duisburg eine Demonstration mit anschließender Kundgebung durch, auf der vor 40 000 Teilnehmern Eugen Loderer sprach. Am 12. Dezember protestierten in 34 Städten 145 000 Arbeiter und Angestellte gegen die Aussperrung. Hervorzuheben ist, daß in zahlreichen Betrieben der metallverarbeitenden Industrie des Ruhrgebiets die Beschäftigten als Solidaritätsbeweis die Arbeit niederlegten (u. a. bei Opel in Bochum), um an den Kundgebungen teilzunehmen. In Münster, Dortmund, Bochum und weiteren Städten stellten die ÖTV-Kollegen den Fahrbetrieb von Straßenbahnen und Omnibussen bis zu 30 Minuten ein. In Mülheim, Oberhausen, Essen und Dortmund führten die Belegschaften der Müllabfuhr, der Straßenreinigung und von Verwaltungen Solidaritätsstreiks durch und forderten das Verbot der Aussperrung. In großen Warenhäusern legten die Kollegen der HBV für 10 Minuten die Arbeit nieder und verteilten Solidaritätserklärungen für die Stahlarbeiter. An den Kundgebungen gegen die Aussperrung nahmen Kollegen aus dem gesamten DGB teil. Im Kampf gegen die Aussperrung zeigte sich damit ein über die betroffene Einzelgewerkschaft hinausgehendes aktives Moment. Allerdings blieb diese Bewegung im wesentlichen regional auf NRW beschränkt. Außerdem wurde deutlich, daß die Solidaritätsbereitschaft der anderen Gewerkschaften im Kampf um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche weniger stark entwickelt wurde. Am 17. Dezember berichtete die Verhandlungskommission der Tariffkommission über folgenden Gesprächsstand:

- Die Einkommen werden ab 1. November 1978 um 4 Prozent erhöht bei einer Laufzeit von 15 Monaten.
- Ab 1. Januar 1979 erhalten alle Beschäftigten 2 Tage mehr Urlaub, ab 1. Januar 1981 alle 29 Tage Urlaub.

- Ab 1. Januar 1979 sollen Arbeiter, die in vollkontinuierlichen und in 3-Schicht-Betrieben arbeiten und deshalb nach ihrem Schichtplan regelmäßig Nachtschicht leisten, für je 13 Wochen einen Arbeitstag als Freischicht unter Fortzahlung des regelmäßigen Arbeitsverdienstes erhalten. Insgesamt wären dies zusätzlich 4 freie Schichten.
- Ab 1. Januar 1980 wird diese Freischicht für je 8 Wochen gegeben. Da die Bündelung von Freischichten zulässig ist, erhalten diese Arbeiter dann insgesamt zusätzlich 6,5 Freischichten im Jahr; das bedeutet umgerechnet eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um eine Stunde.

Dieser Vorschlag war für die Tariffkommission nicht akzeptabel, da alle Beschäftigten nur 2 Tage mehr Urlaub zugestanden bekommen hätten, während nur etwa die Hälfte der Beschäftigten die zusätzlichen Freischichten erhalten hätte. Es hätte nach Ansicht der IGM die Gefahr eines Auseinanderdividierens bedeutet. Von weiteren Verhandlungen versprach sich die Tariffkommission die Erweiterung des Personalkreises, der in den Genuß der Verkürzung der Wochenarbeitszeit kommt. Als am 20. Dezember das Vermittlungsgespräch wiederum wegen der starren Haltung der Unternehmer scheiterte, griff die Tariffkommission eine in den Belegschaften immer lauter erhobene Forderung auf und schlug eine Ausweitung des Streiks vor.

Am 27. Dezember sperrte die Dortmunder Union-Hütte (Hoesch) 500 Beschäftigte mit der Begründung aus, die Produktion wäre wegen des Streiks in der Westfalenhütte unmöglich. Dagegen erwirkte der Betriebsrat am 28. Dezember eine einstweilige Verfügung.

Am 30. Dezember fand erneut ein Vermittlungsgespräch statt, wobei Farthmann einen Diskussionsvorschlag unterbreitete, der sich von dem letzten (17. 12.) in folgenden Punkten unterschied: er beinhaltet statt 2 nun 3 Tage mehr Urlaub. Die Arbeiter in vollkontinuierlichen oder 3-Schicht-Betrieben, das heißt, die regelmäßig Nachtschicht leisten, erhalten statt 4 nur noch 3,5 Freischichten ab 1. Januar 1979. Die im alten Entwurf gewährte zusätzliche Erhöhung ab 1. Januar 1980 auf insgesamt 6,5 Freischichten fällt weg. Im neuen Vorschlag waren dafür zusätzlich 2 Freischichten für über 50jährige enthalten.

Mit der Begründung, auf dieser Basis hätte sich die Möglichkeit ergeben, den Kreis der Anspruchsberechtigten zu vergrößern, beschloß die Tariffkommission am 2. Januar 1979 auf Empfehlung der Verhandlungskommission, die Gespräche mit den Unternehmern weiterzuführen.

Die Annahme der Struktur dieser Verhandlungsgrundlage stieß allerdings in der Tariffkommission (32 Gegenstimmen) und in den Betrieben auf starke Kritik. Gefordert wurde vor allem eine baldige Ausweitung der Streikfront, um den Druck auf die unverändert harte Position der Stahlunternehmer zu erhöhen. Im bundeseigenen Salzgitter-Werk fand in diesem Zusammenhang ein zweistündiger Warnstreik von 1800 Beschäftigten statt.

Die neue Phase des Arbeitskampfes mit der Verbreiterung der Streikfront begann erst im Januar. Am 3. Januar 1979 traten zusätzlich insgesamt 20 000 Beschäftigte von Krupp/Bochum, Klöckner/Bremen und Thyssen/Krefeld in den Streik.

Am gleichen Tag legte die IGM-Verhandlungskommission in einer neuen Gesprächsrunde mit den Unternehmern einen Vorschlag vor, der auf der Struktur des Farthmann-Entwurfs aufbaute und eine Erweiterung der Freischichten und des Urlaubs beinhaltete. Dieser Vorschlag wurde von den Unternehmern als indiskutabel abgelehnt.

Am 4. Januar unterbreitete Farthmann einen Vorschlag, der gegenüber seinem letzten vom 30. Dezember nun 4 Freischichten ab 1979 und 2,5 Freischichten ab 1980 für Nachtschichtler enthielt. Am 4. Januar wurde in Mülheim/Ruhr die große Tariffkommission mit Transparenten und Sprechchören von streikenden Stahlarbeitern empfangen. Diese forderten, die Gewerkschaft solle auf ihrer ursprünglichen Forderung nach Einstieg in die 35-Stunden-Woche für alle beharren.

Beim erneuten Gespräch zwischen den Tarifvertragsparteien – ohne Vermittler – wurde in der Nacht vom 6. auf den 7. Januar folgendes Verhandlungsergebnis erzielt:

- Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 4 Prozent ab 1. November 1978 mit einer Laufzeit von 15 Monaten.
- Ab 1. Januar 1979 4 Freischichten, ab 1. Januar 1981 zusätzlich 2 Freischichten für Arbeiter, die nach dem Schichtplan regelmäßig Nachtarbeit leisten.
- Ab 1. Januar 1979 2 Freischichten, ab 1. Januar 1981 zusätzlich 1 Freischicht für alle, die zu Beginn des Kalenderjahres das 50. Lebensjahr beendet haben.
- 6 Wochen Urlaub in Stufen bis 1982 für alle.

Gemessen an der ursprünglichen Forderung der IGM nach dem Einstieg in die 35-Stunden-Woche für alle wurde das Streikziel nicht erreicht. Dennoch mußten die Stahlkonzerne erhebliche Zugeständnisse machen. Der Kampf der Arbeiter und Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie und die breite Solidaritätsbewegung waren entscheidend dafür, daß das ursprüngliche Unternehmerangebot von 2,1 Prozent mehr Lohn und 2 Tage mehr Urlaub vom Tisch kam.

Die Lohnerhöhung von (umgerechnet auf 12 Monate) 3,2 Prozent wird gerade den Reallohn sichern. Die Durchsetzung zusätzlicher Freischichten für Nachtschichtler (etwa 50 Prozent der Beschäftigten) und ältere Arbeiter und Angestellte sind gewichtige Erfolge in Sachen Arbeitszeitsverkürzung, enthalten aber zugleich die Gefahr einer Spaltung der Belegschaften. Mit dem 6-Wochen-Urlaub wurde eine alte gewerkschaftliche Forderung erfüllt.

Das Urabstimmungsergebnis, bei dem von den abgegebenen gültigen Stimmen 55 Prozent mit Ja und 45 Prozent mit Nein gestimmt haben, drückt die starke Unzufriedenheit mit dem Ergebnis aus. In den Betrieben, die aktiv in den Streik einbezogen waren, war die Neinquote noch höher (bis zu 97 Prozent). Dieses Ergebnis zeigt auch, daß die Forderung nach der 35-Stunden-Woche weiterhin auf der Tagesordnung steht.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickshaus, 6000 Frankfurt am Main
Der Abschnitt 1.1 wurde von Walter Micheli, der Abschnitt 3.5 von Bernd Semmler verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 19. 2. 1979. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 30,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 2,50 DM, Jahresabonnement 10,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

IMSF

INSTITUT FÜR MARXISTISCHE STUDIEN UND FORSCHUNGEN (IMSF)

Informationsbericht Nr. 30

Sachverständigenrat zwischen Keynesianismus und Monetarismus

Zur Konzeption der
Sachverständigengutachten seit 1964

Verfaßt von R. Faust

Schutzgebühr DM 8,-

Informationsberichte des IMSF

Wirtschaftskrise und Frauenemanzipation in der BRD

Bd. 31, 220 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1978, Arbeitsgruppe des IMSF, DM 10,-

Kritik an der Preisindexziffer für die Lebenshaltungskosten eines „Arbeitnehmerhaushaltes“

Bd. 30, 120 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1978, DM 8,-. Verfaßt von E. Dähne u. J. Dieckhoff

Zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparates seit Ende der sechziger Jahre

Bd. 29, 109 S., 17 x 24 cm, DM 6,-. Verfaßt von J. Blau

Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD

Bd. 28, 105 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1977, Verfaßt von B. Güther

Arbeitszeit — Freizeit — Freizeitpolitik

Bd. 27, 84 S., zahlr. Tabellen, DIN A 4, Frankfurt a. M. 1976, DM 8,-. Verfaßt von Dr. Kaspar Maase

Politische Disziplinierung und Behinderung gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb

Darstellung und Dokumentation
Bd. 26, 107 S., DIN A 4, Frankfurt a. M. 1976, DM 6,-. Verfaßt von einer Arbeitsgruppe des IMSF

Neuere Marx-Engels-Forschung. Zur Marx-Engels-Gesamtausgabe

Bd. 24, 48 S., Frankfurt a. M. 1976, DM 6,-. Mit Beiträgen von Günter Heyden, Wladimir Sewin und Sofia Lewiowa

Wyhl — Analyse einer Bürgerbewegung gegen Kernkraftwerke

Bd. 23, 150 S., DIN A 4, Frankfurt a. M. 1976, DM 8,-. Verfaßt von Rainer Obst unter Mitarbeit von Klaus Pickshaus

Berufsverbote in der BRD. Eine juristisch-politische Diskussion

Bd. 22, DIN A 4, 110 S., Frankfurt a. M. 1975, DM 6,-. Vier Ausgaben in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache

Betriebsbesetzung — eine Kampfform zur Sicherung von Arbeitsplätzen

Bd. 21, 83 S., Dokumentenanhang, Frankfurt a. M. 1976, DM 8,-. Verfaßt von Hartwig Bär u. a.

Arbeitsbedingungen und gewerkschaftlicher Kampf

Bd. 20, 248 S., 17 x 24 cm, Frankfurt a. M. 1978, DM 10,-. Verfaßt von E. Dähne u. K. Priester

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise in der BRD in den siebziger Jahren

Bd. 19, DIN A 4, 81 S., Frankfurt a. M. 1975, DM 8,-. Verfaßt von Albert J. Probst

Investitionskontrolle und Investitionslenkung

Bd. 18, 107 S., DIN A 4, 8 Tabellen, DM 8,-. Verfaßt von Bernd Güther

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)
Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main